

Organspendeskandal auch in Bayern

Grüne fordern umfassende Aufklärung von Staatsregierung

München (3.8.2012/lem). Die Grünen im Bayerischen Landtag stellen eine Anfrage zum Organspendeskandal und wollen einen umfassenden Bericht im Gesundheitsausschuss. „Nachdem der Fall nun auch auf Bayern übergegriffen hat, sollte die Staatsregierung nun auch Rede und Antwort stehen müssen“, erklärt **Theresa Schopper**, gesundheitspolitische Sprecherin.

Organspende sei ein sensibles Thema, gerade in Bayern, wo die Spendenbereitschaft der Bevölkerung trotz Transplantationsbeauftragte geringer sei als in anderen Bundesländern. Es würde zwar mit dem Transplantationsgesetz versucht, die Spendenbereitschaft zu erhöhen. „Solche Schlagzeilen aber verunsichern die Bevölkerung massiv und schüren die Angst der Bevölkerung vor Organhandel. Der und die Einzelne fragt sich zu Recht, warum man eine Organspende in Betracht ziehen sollte, wenn sie vielleicht nicht die Richtigen erreicht“, so **Theresa Schopper**.

Die Grünen fordern die Staatsregierung auf einige Fragen zum Thema zu beantworten: Inwieweit der Staatsregierung bekannt war, in welchen Kliniken, wie lange und in welcher Form der angeklagte Oberarzt gearbeitet hat, ob es Hinweise auf monetäre Vorteile gab und ob nun bei der Vergabe von Spenderorganen eine Erhöhung der Praxis des „Vier-Augen-Prinzips“ auf ein „Sechs-Augen-Prinzip“ geplant ist. „Zudem würden wir gerne wissen, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, welche beibehalten oder geändert werden, um solche Manipulationen in Zukunft zu verhindern.“